

Quelle:	Handelsblatt vom 24.01.2025, S. 18 (Tageszeitung / täglich außer Samstag und Sonntag, Düsseldorf)		
Auch in:	Handelsblatt Online		
Auflage:	131.523	Reichweite:	499.397
		Autor:	Frank Specht Berlin
		Quellrubrik:	Politik

Wahlversprechen im Check

So bewerten Experten die Rentenversprechen der Parteien

Die Parteien sagen im Wahlkampf stabile oder höhere Renten zu. Doch lässt sich dies auch finanzieren? Teuer könnte laut Ökonomen eine schwarz-rote Koalition werden. Teil II der Serie zur Bundestagswahl.



Rentner in Berlin: Der Beitragssatz müsste weiter steigen.

Maskot/Getty Images

Frank Specht Berlin

Eine Stabilisierung oder gar Erhöhung des Rentenniveaus, eine Mindestrente von 1500 Euro, ein weiterer Ausbau der Mütterrente oder eine gesetzliche Aktienrente – im Wahlkampf führen die Parteien ein rentenpolitisches Wunschkonzert auf. Doch bei all den vollmundigen Versprechen vermissen Ökonomen eines: tragfähige Konzepte für eine nachhaltige Finanzierung des Rentensystems.

„Die Parteien haben gemeinsam, dass sie unbequeme Wahrheiten scheuen und den demografischen Wandel nicht ausreichend adressieren“, erklärt Finanzwissenschaftlerin Silke Übelmesser von der Universität Jena. Man spüre die Sorge vor den älteren Wählern. „An das Thema Regelaltersgrenze traut sich keine Partei heran, und Kapitaldeckung sehen Teile des Parteienspektrums und der Bevölkerung kritisch“, sagt der Wirtschaftsrechtler Martin Werding. Dann werde es schwierig, das Rentensystem nachhaltig aufzustellen, ohne Beitrags- und Steuerzahler zu stark zu belasten.

De facto setzt der Renteneintritt der geburtenstarken Babyboomer-Jahrgänge die gesetzliche Rentenversicherung absehbar stark unter Druck. Sie ist umlagefinanziert, die aktuellen Beitragssätze kommen für die Bezüge der aktuellen Rentenbezieher auf. Doch auf einen Ruhestandler kommen immer weniger Beitragszahler. Nach der Finanzschätzung der Rentenversicherung müsste der Beitragssatz 2028 von heute 18,6 Prozent auf 19,8 Prozent angehoben werden und bis 2040 auf 21,4 Prozent steigen. Das Rentenniveau würde ab 2029 unter die Marke von 48 Prozent sinken und bis 2040 auf 45 Prozent fallen.

Die Ampel wollte auf Druck von SPD und

Grünen mit dem Rentenpaket II das Rentenniveau dauerhaft bei 48 Prozent stabilisieren. Das hätte den Beitragssatzanstieg beschleunigt und in den nächsten 20 Jahren Mehrkosten von 500 Milliarden Euro bedeutet. „Allein um das zu verhindern, hat sich das Scheitern der Ampel schon gelohnt“, sagt Oliver Zander, Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall.

Doch SPD und Grüne wärmen im Wahlkampf ihr Versprechen einer Stabilisierung des Rentenniveaus wieder auf. Die Union verspricht ebenfalls „ein durch wirtschaftliches Wachstum garantiertes stabiles Rentenniveau“. Auch wenn CDU-Chef Friedrich Merz kürzlich bei der Vorstandsklausur seiner Partei eingeräumt hat, dass die Renten künftig langsamer steigen werden als bisher. Kanzler Scholz verspreche „Rentensteigerungen in einer Höhe, die nur zulasten der jungen Generation gehen kann“, sagte er.

Aus dem Finanzierungsproblem der Rentenversicherung könne man „nicht einfach herauswachsen“, mahnt Marcel Thum, Leiter der Ifo-Niederlassung in Dresden. Auch Tabea Bucher-Koenen, die am Mannheimer ZEW den Forschungsbereich Altersvorsorge und nachhaltige Finanzmärkte leitet, wünscht sich mehr rentenpolitische Einsicht. „Wir müssen uns genau überlegen, welches Sicherungsniveau wir uns leisten wollen und können“, sagt sie. Denn eine Explosion der Sozialversicherungsbeiträge würde die Attraktivität des Standorts weiter schmälern. „Das muss man mitdenken.“ Die Politik dürfe nicht den Eindruck erwecken, dass ein großzügiges Rentenniveau ohne Abstriche bei Dingen wie Infrastruktur, Bildung oder Verteidigung finanzierbar sei. Diese Einsicht scheint bei der CSU noch nicht angekommen zu sein.



Wahlcheck

Das Handelsblatt analysiert in einer neuen Serie die Wahlprogramme der Parteien. Von der Arbeitsmarkt- über die Haushalts- bis zur Wissenschaftspolitik: Was versprechen die Parteien, wo gibt es Unterschiede, wo Gemeinsamkeiten? Was überzeugt, was fehlt?

Die Christsozialen aus Bayern versprechen eine Ausweitung der Mütterrente auf bisher noch nicht berücksichtigte Jahrgänge. Wer das ablehne, habe „kein Herz“, machte CSU-Chef Markus Söder Stimmung für das Projekt. Sollte es zu einer Neuaufgabe einer schwarz-roten Koalition kommen, könnten sich also teure Rentenzusagen wie nach der Wahl 2013 wiederholen. Damals setzte die SPD die Rente mit 63 durch und die Union die Mütterrente. „Manchmal ist man ein wenig sprachlos“, sagt Finanzwissenschaftlerin Übelmesser mit Blick auf die CSU-Forderung. „Wenn es um die Vermeidung von Altersarmut geht, sollte man zielgenauer vorgehen.“

Kritisch sehen Ökonomen zudem, dass sich keine Partei zur Finanzierung ihrer Rentenversprechen an ein höheres Rentenalter oder die Kopplung an die Lebenserwartung herantraut. Dabei würde eine Kopplung dazu führen, dass das Eintrittsalter alle zehn Jahre um ein halbes Jahr steige, sagt Werding. „Von der Rente mit 70 sind wir da noch weit entfernt.“ Trotzdem scheuen die Wahlkämpfer das Thema – auch weil die Bürger laut Befragungen für nachhaltige Rentenfinanzen lieber höhere Beiträge oder ein sinkendes Rentenniveau in Kauf nehmen als eine weitere Anhebung des Rentenalters. Immerhin sollen Anreize für längeres Arbeiten gesetzt werden, wie bei der Union. Oder der Renteneintritt soll generell flexibel gestaltet werden, wie bei den Liberalen, die dafür auf das schwedische Modell verweisen. Doch auch dieses Modell sehe Abschlüsse für einen früheren und Zuschläge für einen späteren Renteneintritt vor, warnt Werding. Nur werde das in Schweden nicht so genannt.

Ausbau der Kapitaldeckung nötig

Um die Rentenfinanzen zu stabilisieren, werben die Parteien in unterschiedlichem Umfang auch für eine stärkere Kapitaldeckung. Die FDP beispielsweise tritt erneut mit der Forderung an, Teile der Rentenbeiträge in eine Aktienrente zu stecken, mit der Versicherte dann individuelle Ansprüche am Kapitalmarkt erwerben.

Die Grünen wollen mit den Erträgen aus einem kreditfinanzierten Bürgerfonds kleine und mittlere Renten stärken. Die Union verspricht für jedes Kind vom 6. bis zum 18. Lebensjahr pro Monat zehn Euro in ein individuelles, kapitalgedecktes Altersvorsorgegeld einzuzahlen und nennt das „Frühstart-Rente“. „Ein Ausbau der kapitalgedeckten Altersvorsorge ist auf jeden Fall notwendig, auch wenn wir uns davon kurzfristig keine Wunderheilung erhoffen können“, sagt Bucher-Koenen. Nötig sei ein abgestimmtes Gesamtpaket aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Altersvorsorge. Dass die dritte Säule mit der Riester-Rente nicht funktioniert, habe man vor zehn Jahren schon erkannt, sagt sie.

Die angedachte Reform scheiterte mit dem Bruch der Ampel. „Das muss jetzt dringend angepackt werden“, sagt die Ökonomin. Eine stärkere private Zusatzvorsorge sei aber nur möglich, „wenn wir den jungen Leuten nicht durch Steuern und Sozialabgaben das verfügbare Einkommen wegnehmen“, betont Werding.

Hart ins Gericht geht der Wirtschaftsrechtler mit den Altersvorsorgeplänen von AfD und BSW. „Die Populisten rechts und links haben teils absurde rentenpolitische Vorstellungen“, sagt der Bochumer Ökonom. Das BSW fordert eine nach Dauer der Beitragszahlung gestaffelte Mindestrente, höheres Sicherungsniveau und eine Streichung von Dämpfungsfaktoren in der Rentenformel. Die AfD will langfristig dafür sorgen, dass Ruhestandler gut 70 Prozent ihres letzten Nettoeinkommens als Rente erhalten sollen. Diese sogenannte Ersatzzrate, die nichts mit dem allgemeinen Rentenniveau zu tun hat, liegt in Deutschland deutlich niedriger. Die AfD-Forderung würde also zu deutlichen Mehrausgaben führen – genau wie die Forderung der Linken, das Rentenniveau auf 53 Prozent anzuheben.

Klar ist, dass der Spielraum einer künftigen Bundesregierung äußerst begrenzt ist, wenn Deutschland in der Rezession verharrt. „Ohne Wirtschaftswachstum und solide Beschäftigung wird es kaum Handlungsoptionen in der Rentenpolitik geben“, betont Bucher-Koenen. Und Werding rät den Wahlkämpfern, die Themen Rente und Demografie in einem möglichst großen überparteilichen Konsens anzugehen.